

Einladung

Zum Bundeskongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

**Am Samstag, dem 1. Oktober
Beginn 10:00 – Ende gegen 17:00
Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm- Leuschner-Straße 69**

Tagesordnung:

- 1. Plattform für die Initiative zur Vernetzung der G-Linken**
- 2. Organisatorische Strukturen (Arbeitsausschuss, Sekretariat, Info, usw.)**
- 3. Die Ausgangsbasis für die G-Linken nach der Bundestagswahl – Impulsreferat: N.N.**
- 4. Verschiedenes**

Anmeldungen an Heinz-Günther Lang

hagelang@gmx.de

*liebe Kollegin, lieber Kollege,
auf dem letzten Bundeskongress im Januar d.J. in Stuttgart wurde der Arbeitsausschuss beauftragt die Verbindlichkeit, politische Wahrnehmung und die Außenwirkung der Initiative zur Vernetzung der G-Linken zu verbessern. Grundlage dafür soll die Erarbeitung einer inhaltlichen Plattform sein. Eine Arbeitsgruppe des Arbeitsausschusses hat eine solche Plattform erarbeitet und stellt diese zur Diskussion. Sie wird rechtzeitig veröffentlicht.*

Auch über die organisatorische Struktur soll diskutiert werden. Wer ist künftig auf welcher Grundlage legitimiert im Arbeitsausschuss mit zu arbeiten? Wie soll der AA arbeiten und sich gewerkschaftsöffentlich positionieren?

Die Bundestagswahl, die voraussichtlich am 18.9.05 stattfinden wird, kann je nach Ausgang einschneidende Auswirkungen auf die Gewerkschaftspolitik haben. Bei einem Durchmarsch von schwarz/gelb wird einer der ersten Schritte die Abschaffung der Tarifautonomie und die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes sein. Wie bereiten sich die Gewerkschaften auf diese existenzielle politische Auseinandersetzung vor. Auch bei einer großen Koalition wird mindestens eine Fortsetzung, eher jedoch eine Verschärfung der bisherigen Politik zu erwarten sein. Auch die Herausbildung einer Linkspartei und vielleicht deren Einzug in den Bundestag fordert die Gewerkschaftslinken heraus, sich dazu zu positionieren.

Also genügend Diskussionsstoff für einen Kongress. Meldet euch zahlreich an, damit wir rechtzeitig planen können.

Bernd Riexinger

Zufriedene, aber undankbare Heuschrecken

Gut 5 Wochen vor der "Schicksalswahl" im volkreichsten Bundesland NRW entdeckte der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering in "Bild am Sonntag" jene, vorwiegend ausländischen Heuschrecken, "die anonym bleiben, kein Gesicht haben, wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen herfallen, sie abgrasen und weiterziehen. Gegen diese Form von Kapitalismus kämpfen

wir". Die Antwort der Kapitalisten und ihrer Medien war unterschiedlich. Manche taten beleidigt, fanden die Kritik ungehörig, gar Rückkehr zum Altmarxismus. Andere blieben ungerührt. Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, einer der bestbezahlten deutschen "Angestellten" (2003: 11,5 Mio. Euro, fast 1 Mio./Monat = 2.800 mal ALGII) wiederholte ungerührt: 18% Eigenkapitalrendite genügen

nicht; unsere Aktionäre haben Anspruch auf 25%. (Im 1. Quartal 2005 waren es 30%). Dafür müssen eben 6.400 "liebe Mitarbeiter" gehen. Am 19. Mai ging er zum Gegenangriff über, fand die Kritik beschämend und meinte, das bißchen Kritik sei Rückkehr zum Sozialismus.

Noch 4 Tage vor der Wahl verteidigte Müntefering Schröders Politik und versicherte, „die Wirtschaft brauche keine Abkehr vom Reformkurs befürchten“, der "eine vernünftige Sache" sei.

... Heuschrecken

Gerhard Schröder hatte deutlich gesagt, seine (angeblich alternativlose) Reformpolitik werde er unverändert fortführen, und das unterstrichen, indem er zeitgleich neue Steuergeschenke für die "Investoren" und ihre Erben beschloß. Er blieb völlig unbeeindruckt von Münte's "Kritik", auch von den Forderungen in seiner Partei, und als vielleicht eine seiner letzten guten Taten für seine Bosse ließ er Finanzminister Hans Eichel ein Gesetz vorlegen, das die Erbschaftssteuer für Firmen abschafft und für Erben großer Vermögen unverändert läßt – ein harter Schlag gegen die SPD-Linken und ihre Illusionen, die noch eine Umkehr erhoffen.

Schröders Generalsekretär Uwe Benneter wollte "nur kapitalistische Auswüchse" bekämpfen. Fraktionsvize Ludwig Stiegler beruhigte die Bosse und beteuerte, kein "kurzfristiger Aktionismus" sei geplant.

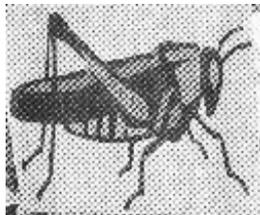
Müntefering erläuterte: Wir sind nicht gegen den Kapitalismus; im Gegenteil: Es gilt die soziale Marktwirtschaft, (den guten Kapitalismus von gestern), wiederherzustellen. Die Kritik sei nicht so ganz ernst gemeint. Auf der Maikundgebung in Duisburg betonte er, "die soziale Markt-

wirtschaft steht nicht zur Disposition". Die Unternehmer sollten nicht beleidigt sein, sich mit den Gewerkschaften zusammensetzen, um Arbeitsplätze zu schaffen.

"Es ist schon seltsam – schreibt die Süddeutsche Zeitung am 4./5. Mai 2005: Franz Müntefering schimpft über Heuschrecken, die das Land abgrasen, und Gerhard Schröder gibt ihnen zusätzliches Futter."

Der Zusammenhang der "Kritik" mit der NRW-Wahl war deutlich. Aber man hielt die Arbeiterwähler für dumm; viele blieben einfach zuhause – ein Protest, wenn auch leider ohne Wirkung. 38% der Wahlberechtigten blieben den Urnen fern.

Es gibt noch ehrliche Anhänger der SPD, die glauben und hoffen, nach der vermutlichen Niederlage bei der Bundestagswahl werde ihre Partei zum Klassenkampf zurückfinden. Das ist nicht wahrscheinlich; bisher gibt es im Establishment und im Apparat der SPD keine Kritik an der Agenda 2010, ihren harten Maßnahmen gegen die Werktätigen, gegen alle milden Gaben an unsere armen Unternehmer. Es wird berichtet, auch die "im Stillen Kritischen" zeigten jetzt Geschlossenheit. Zur Stunde ist allerdings noch etwas ungewiss, ob Schröders leicht verfassungswidriges Vorgehen zugelassen wird. Es ist Helmut Kohl 1982 auch gelungen. Die Verfassungssichter haben ihre Interpretations-spielräume.



Sozialistische Kritik ist anders in Inhalt, Ziel und Form; sie richtet sich nicht gegen einzelne Manager, ob deutsch oder ausländisch, wenn auch manche Wortführer besonders arrogant und provokatorisch auftreten, sondern gegen sie alle, nämlich gegen den Kapitalismus. Ihre Sprecher denken und sprechen konsequent, und weil die Arbeiterklasse führungslos, daher schwach ist, reden sie ungeniert.

Die beiden führenden reformistischen Parteien – SPD und Labour Party – vertreten in keinem Bereich mehr die Interessen der Werktätigen. Schröder ist Genosse der Bosse; auch wenn diese ihn nach getaner Arbeit pensionieren, wird

er nicht mehr anders. Das Schicksal der SPD, vor 130 Jahren eine kulturelle Errungenschaft der jungen deutschen Arbeiterklasse, ist ungewiss. Es ist schwer zu sagen, es ist eher unwahrscheinlich, dass sie zu den Ideen zurückkehrt, die sie in vielen Schritten aufgegeben hat.

Die Beziehungen der freien Gewerkschaften zur SPD haben viele Phasen durchlaufen und haben manchen Wandel erlebt. Das kann hier nicht behandelt werden. Der größte Teil unserer Gewerkschaftsführungen hat die Regierung Schröder trotz ihrer Arbeiterfeindlichkeit unterstützt und unseren Protest gebremst und verhindert. Wenn die Gewerkschaften nicht in den steten – politischen und organisatorischen – Niedergang der SPD hineingerissen werden sollen, müssen die Mitglieder starken, dauernden Druck machen, damit unsere Organisationen zu ihrer originären Aufgabe zurückfinden: Klassenkampf, Solidarität in Deutschland, in Europa und in der Welt. Eine endgültige klare Trennung von dieser SPD-Führung ist unerlässlich im Interesse unserer Existenz. Die Werktätigen sind tief enttäuscht, teils auch durch die intensive, von den vier etablierten Parteien gemeinsam betriebene Vernebelung verwirrt. Wenn wir sie aufklären und wieder aktivieren wollen, müssen wir unseren Kapitalismus offen und offensiv kritisieren, die täglichen Forderungen der Arbeitenden vertreten und den Kampf um jede Verbesserung mit unserem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft verbinden. Dieser Kampf kann mehrere Formen annehmen und muss allmählich die vom Kapitalismus gesetzten Grenzen überschreiten. Es geht am Ende um die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel – von den Arbeitenden geschaffen, von den Kapitalisten gebraucht oder zerstört oder verhökert.

Theodor Bergmann

Power Mannheim: Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung

Die Alstom-KollegInnen befinden sich seit dem Frühjahr in einem Abwehrkampf gegen die Abbaupläne des Konzerns. Mit einer fünftägigen Betriebsversammlung Ende April erreichte der Widerstand einen ersten Höhepunkt

Im Mannheimer Werk arbeiten rund 2000 Menschen. Dort werden Turbinen und Generatoren für nichtnukleare Kraftwerke geplant und produziert. Die Konzernleitung von ALSTOM will trotz einer gültigen Betriebsvereinbarung zur Arbeitsplatzsicherung rund 900 Arbeitsplätze abbauen. Betriebsrat und Belegschaft fürchten, dass dies der vorletzte Abbau vor der Schließung des über 100 Jahre alten Betriebes sein soll. Deshalb ist der Widerstand der Belegschaft die einzige Möglichkeit, die Vernichtung zu verhindern.

Offensichtlich will die Konzernleitung mehr, als die Nettogewinne wie angekündigt, von 4 auf 6 % zu erhöhen. Nur so ist zu erklären, dass das Management trotz einer bis zum 30. Juni 2007 geltenden Arbeitsplatzgarantie schon jetzt versucht, erneut Stellen zu vernichten. Offenbar geht es um die Fusion oder Kooperation mit anderen Großkonzernen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass zunächst gemeinsam mit dem Atomkonzern Areva und dann mit Siemens ein neuer europäischer „Champion“ im Kraftwerks- und Verkehrstechnikbereich gebildet werden soll. Im Hintergrund droht schon jetzt eine globale Wiedergeburt der gefährlichen Atomenergie mit dem Bau neuer Kernkraftwerke..

Behauptungen der Konzernleitung

Um von diesen Vorhaben abzulenken, behauptet das Management, dass sich der Kraftwerkmarkt auf Asien konzentrieren würde und deshalb

Planung und Produktion vor allem nach China und Indien aber auch nach Mexiko verlagert werden müssten.

Dies ist nachweislich falsch. Fachkreise erwarten bis 2002 eine Steigerung des Strombedarfs in der EU der 25 um 38 Prozent. Um diese Versorgungslücke zu schließen, müssen fast 450 konventionelle Kraftwerke mit einer Leistung von je 600 Megawatt gebaut werden. Ein gigantisches Volumen, da ein Kraftwerk dieser Größenordnung



mehr als eine halbe Milliarde Euro kostet.

Außerdem versucht die Konzernleitung, das Werk in Mannheim kaputt zu rechnen. Ganze Bereiche in Konstruktion und Fertigung sollen geschlossen werden, obwohl sie maßgeblich zu den Gewinnen des Konzerns beigetragen haben und obwohl sie mit ihren Kompetenzen im gesamten Konzern einmalig sind. Andere Abteilungen sollen derart dezimiert werden, dass ihre weitere Existenz in Frage gestellt ist.

Aktiver Widerstand

Nachdem die Pläne der Pariser Konzernleitung Ende März bekannt geworden waren, forderte der Betriebsrat umgehend in einer Betriebs-

versammlung das örtliche Management auf dazu, Stellung zu beziehen. Da keine Antworten kamen, wurde die Betriebsversammlung unterbrochen und vom 25. bis 29. April fortgesetzt. Eine Woche lang haben KollegInnen in Dutzenden von Redebeiträgen und Aktionen alle „Argumente“ der Konzernleitung widerlegt. In einer begeisterten Atmosphäre hat die Belegschaft eine bisher nicht erreichte Geschlossenheit und Kampfbereitschaft gezeigt. Fünf Tage lang hat die Belegschaft

ansatzweise das Geschehen im Betrieb kontrolliert. Am Ende jedes Tages demonstrierten etwa 1500 KollegInnen lautstark für den Erhalt aller Arbeitsplätze vom Werk aus in die Stadt. Höhepunkt war sicherlich die Demonstration von 3000 Menschen am Freitag, an der sich Alstom-KollegInnen und ihre Familienangehörigen

einschließlich einer großen Zahl von Kindern beteiligten.

Zum sechsten Mal in sieben Tagen demonstrierten große Teile der Belegschaft am Sonntag. Etwa 2000 Beschäftigte und ihre Familien haben die Mannheimer 1. Maidemonstration und Kundgebung entscheidend geprägt.

Bereits am Montag dieser kämpferischen Woche zeigten Solidaritätsaktionen der anderen deutschen Alstom-Power-Belegschaften sowie am Dienstag und Mittwoch Arbeitsunterbrechungen der Alstom-KollegInnen im Spanien und Italien, dass der Widerstand eine weit über die Grenzen hinaus reichende Dynamik gewonnen hat. Der Konzernleitung musste spätestens jetzt klar geworden sein, dass das Mannheimer Motto „Resistance - unsere Chance!“ ernst zu nehmen ist.

Einschüchterungsversuche

Am vierten Tag verließen die örtlichen Vorstände, Personalleiter und Geschäftsführer begleitet von Buhrufen und Pfiffen der Belegschaft gemeinsam die Betriebsversammlung. Angeblich wegen wichtiger Termine, in Wirklichkeit, um die Legitimität der Betriebsversammlung infrage zu stellen. Mittlerweile hat ein von Alstom beauftragtes Anwaltsbüro Klage beim Arbeitsgericht Mannheim erhoben. Mit faden-scheinigen Begründungen sollen die Rechte des Betriebsrats und der Belegschaft eingeschränkt und die Fortführung der Betriebsversammlung für illegal erklärt werden.

Nachdem schon seit einigen Wochen die örtliche Geschäftsleitung versucht, einzelne Betriebsräte einzuschüchtern, will jetzt das Management zudem ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Betriebsrat als Gremium anstreben.

Weitere Aktionen

Am 17. Mai machten spontan rund 700 KollegInnen von ihrem Informationsrecht Gebrauch. Sie versammelten sich am Tor 1. Eine Delegation besuchte die

gleichzeitig stattfindende Aufsichtsratssitzung der Alstom Power Holding und forderte eine Stellungnahme zu den Abbauplänen. Guy Chardon, der für die Kahlschlagpläne verantwortliche Konzernvertreter, gab jedoch auf die konkreten Fragen aus der Belegschaft keine Antworten, sondern flüchtete sich in Allgemeinplätze.

Wenige Tage später versuchte die Konzernleitung mit einer einstweiligen Verfügung die vom Betriebsrat geplante Fortsetzung der Betriebsversammlung gerichtlich zu untersagen. Da der Betriebsrat vorsorglich eine „Schutzschrift“ beim Arbeitsgericht eingereicht hatte, musste das Gericht die Parteien anhören. In einem Vergleich einigte man sich darauf, dass die für den 30. Mai angekündigte Betriebsversammlung als „weitere“ Versammlung gemäß Betriebsverfassungsgesetz zu werten sei. Im Anschluß an diese Betriebsversammlung fand im Rahmen des Aktionstages der deutschen Standorte am 30. Mai eine erneute Demonstration zum Mannheimer Marktplatz statt. Unter den rund 2000 TeilnehmerInnen befanden sich viele KollegInnen aus anderen Alstom-Werken. Zahlreiche Delegationen aus Betrieben der Rhein-Neckar-Region zeigten ihre Solidarität.

Welche Perspektiven?

Für den 29. Juni ist eine weitere Demonstration während der Arbeitszeit geplant. An diesem Tag wird die Alstom-Klage gegen den Betriebsrat wegen Durchführung einer mehrtägigen Betriebsversammlung vor dem örtlichen Arbeitsgericht verhandelt.

Die Konzernleitung behauptet zwar, dass sie die gültige Standortvereinbarung einhalten wolle. Gleichzeitig schleust sie jedoch Aufträge entgegen den entsprechenden Festlegungen an Mannheim vorbei. Damit will sie das Werk aushungern und die Belegschaft demoralisieren.

Zudem versucht das Management alles, um den Betriebsrat in Verhandlungen über einen erneuten Interessenausgleich und Sozialplan nach § 111 Betriebsverfassungsgesetz zu zwingen.

Eine zwischenzeitlich auf Vorschlag der IG Metall eingerichtete Arbeitsgruppe des Aufsichtsrats wird sich nun bis September mit der Situation des Werkes befassen.

Betriebsrat und Belegschaft haben ausreichend Argumente für ihren Widerstand. Die Verteidigung aller Arbeitsplätze und aller Fähigkeiten des Mannheimer Betriebs hat eine gesellschafts-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung weit über die Rhein-Neckar-Region hinaus. Es geht nicht nur um die Frage des Widerstandes gegen Arbeitsplatzvernichtung, sondern auch um die Frage der Kontrolle wirtschaftlicher Macht, und es geht um Grundsatzentscheidungen über die Energieerzeugung der Zukunft.

Wahrscheinlich ist mit einem lange andauernden Abwehrkampf zu rechnen. Es gilt deshalb, verstärkt Solidarität zu organisieren.

Betriebsrat Alstom Power
KftlBR Boveristr. 22
68309 Mannheim

Email: alstom.resistance@web.de
www.alstom.resistance-online.com

*Liebe Kollegin,
lieber Kollege,
heute erhältst Du die sechste Ausgabe des Infos der Gewerkschaftslinken. Bitte teile uns baldigst Deine e-mail-Adresse mit, damit wir Dir auch die folgenden Ausgaben des Info zustellen können.*

Die Herausgeber

Tarifabschluss für die Druckindustrie: 35 Stunden verteidigt

Als "heiter bis wolkig" beschrieb der ver.di-Vertrauensleutesprecher bei der Frankfurter Rundschau, Marcel Bathis, die Stimmung seiner Kollegen nach dem jüngsten Tarifabschluss für die Druckindustrie: "Die Kollegen wussten, was bei dem angestrebten Generalangriff der Unternehmer auf den Manteltarifvertrag (MTV) auf dem Spiel stand."

Dass trotz einzelner Zugeständnisse und Einbußen im neuen MTV wichtige Errungenschaften wie die 35 Stunden-Woche und der Flächentarifvertrag überhaupt gehalten werden konnten, wird als großer Erfolg angesehen und wurde von den Belegschaften "mit Erleichterung" aufgenommen, wie ein Insider berichtete. Dies ist vor allem den Belegschaften großer Zeitungsdruckereien zu verdanken, die seit dem Ablauf der Friedenspflicht am 1. Mai über sechs Wochen lang unermüdlich immer wieder ihre Unternehmer durch Warnstreiks überrascht hatten und unmissverständlich die Bereitschaft zum mehrmonatigen Vollstreik – "notfalls bis zur Fußball-WM 2006" – zum Ausdruck brachten. Während anderswo Gewerkschaften über Mitgliederschwund klagen, stärkte der Arbeitskampf den ver.di-Fachbereich Medien: Allein in Hessen wurden in den bestreikten Betrieben über 500 Neumitglieder aufgenommen. Während anderswo in den letzten Jahren am laufenden Band – vielfach sogar ohne eine Sekunde Warnstreik – die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich heraufgesetzt wurde, blieben die Drucker standhaft und fühlen sich durch das Ergebnis bestätigt.

Zu den gewerkschaftlichen Zugeständnissen an den bvdm gehören allerdings u.a.:

- Eine sehr geringe

Einkommenserhöhung, die den Reallohn weiter untergräbt: 340 Euro Einmalzahlung für das laufende Jahr und 1 Prozent Anhebung zum 1. April 2006 bei einer Laufzeit von 24 Monaten.

- Eine Sonderentschädigung für ungünstig liegenden Arbeitsbeginn entfällt.



- Eine Absenkung von prozentualen Überstundenzuschlägen trifft vor allem Nachtschichtarbeiter.

- Freischichten für besonders schwere Arbeitsbedingungen entfallen für unter 40-Jährige und sind künftig nach Altersgruppen gestaffelt.

- Mehr Flexibilität durch Einführung von Arbeitszeitkonten und Erweiterung der Samstagsarbeit.

- Altersfreizeit nur noch für Jahrgänge, die bis Ende 2006 das 58. Lebensjahr vollenden.

An der Spitze des Bundesverbandes Druck und Medien (bvdm) hat vor allem der Geschäftsführer der Frankfurter Allgemeinen (FAZ), Dr. Roland Gerschermann, in der abschließenden Verhandlungsrunde Mitte dieser Woche auf einen raschen Abschluss gedrängt. Insider zitieren ihn mit der Aussage, er wolle nicht länger "der Leuchtturm der

Nation sein". Hintergrund: Gerschermann war in der FAZ-eigenen Zeitungsdruckerei, der Frankfurter Societätsdruckerei (FSD), persönlich mit einer fast beispiellosen Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der Belegschaft konfrontiert und daher eher zu Zugeständnissen an die Gewerkschaft ver.di bereit als mancher mittelständische Druckunternehmer, der diesmal ein Exempel statuieren und den "Durchmarsch" wagen wollte.

Gerschermann und andere hatten gedacht, dass angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen und einer politischen Defensive der Gewerkschaften die Streikfront rasch zerbröckeln würde. Mehrfach begab er sich persönlich stundenlang vor das Tor und versuchte die Streikenden umzustimmen. Während ihm dies in früheren Jahren hier und da gelang, biss er diesmal auf Granit. ver.di-Vertrauensleute berichteten, dass sich dabei ausgerechnet Kollegen, die früher nicht mitstreikten, diesmal heftige Debatten mit ihrem Chef lieferten und dabei sogar die alten Hasen im Betriebsrat und Vertrauenskörper positiv überraschten. Der Arbeitskampf bekam seine eigene Dynamik und entwickelte Engagement, Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen vieler bisher stiller und eher passiver Kollegen.

Bei der entscheidenden Wiesbadener Verhandlungsrunde waren Risse im Arbeitgeberlager sichtbar geworden, die auf Konflikte zwischen großen Zeitungsverlegern einerseits und kleineren mittelständischen Druckunternehmen hindeuteten.

Dabei sollen einzelne Mitgliedsunternehmen ihrer bvdm-Verhandlungsführung das Misstrauen ausgesprochen und diese als "Weicheier" bezeichnet haben.

Hart bleiben!



Zum Auftakt der entscheidenden Verhandlungsrunde in Wiesbaden hatten am Dienstag, 14. Juni 2005, noch einmal über 500 streikende Beschäftigte der Druckindustrie aus Hessen und Rheinland-Pfalz an einem historischen Ort Entschlossenheit demonstriert. Hier im Hotel Nassauer Hof war 1989 eine wichtige Etappe hin zur 35-Stunden-Woche in der Druckindustrie ausgehandelt worden. Viele Redner aus bestreikten Betrieben forderten die Verhandlungskommission mit dem stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke an der Spitze auf, fest zu bleiben und sich auf keine faulen Kompromisse mit dem bvdm einzulassen.

"Ihr seid einer der wenigen Leuchttürme, die die Fahnen und die Ehre der Gewerkschaftsbewegung hochhalten", unterstrich der DGB-Regionalvorsitzende Rhein-Main, Harald Fiedler: "In den vergangenen Jahren wurde es leider weitgehend versäumt, wachsam zu sein gegen Angriffe der Arbeitgeber und der Politik, die Hand in Hand uns unsere Arbeitszeitverkürzung aus der Hand schlagen wollen."

"Euer Kampf könnte auch unser Kampf werden", sagte Uli Breuer vom Hessischen Rundfunk, wo noch in diesem Jahr mit sehr harten Tarifverhandlungen zu rechnen ist. An den gemeinsamen wochenlangen Kampf von Druckern und Metallern für Arbeitszeitverkürzung im Jahre 1984 erinnerte Alfred Matejka vom Betriebsrat des Wiesbadener Metallbetriebs Federal Mogul. Er hob hervor, dass vor zwei Jahren die IG Metall im Osten für die 35 Stunden antrat und dafür eine herbe Niederlage einsteckte, weil die Solidarität in der alten BRD nicht vorhanden war und einige Betriebsratsfürsten und Co-Manager damals in der bürgerlichen Presse sich vom ostdeutschen Metallstreik distanzierten. "Diese Betriebsratsfürsten haben heute das Problem, dass sie im Häuserkampf eine Niederlage nach der anderen hinnehmen müssen. Wir sind nur



gemeinsam stark und haben nichts zu verlieren als unsere Ketten" erklärte Matejka unter Beifall.

Auch in schriftlichen Grußworten hatten Gewerkschafter aus den Bereichen Metall, Bahn und Gesundheitswesen auf eigene leidvolle Erfahrungen mit Arbeitszeitverlängerung bzw. betrieblichen Öffnungsklauseln hingewiesen und die Drucker zum Durchhalten ermuntert.

"Arbeitszeitverlängerung ist mit uns nicht zu machen", rief ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke den Versammelten zu: "Eure Demonstration ist eine

Ermutung für die Verhandlungskommission". Werneke war in den letzten Tage wegen seiner öffentlich geäußerten Kompromissbereitschaft von Mitgliedern kritisch beargwöhnt worden und



war sich der Erwartungshaltung seiner Basis durchaus bewusst. Bei einem Scheitern der Verhandlungen wäre der Konflikt durch die fast zwangsläufige Ausrufung einer Urabstimmung noch weiter eskaliert.

Hans-Gerd Öfinger
Vorsitzender ver.di
FB 8 Medien,
Wiesbaden

Kampf gegen die Schließung des Berliner BSH-Werks



Am 4. Mai wurde den Beschäftigten des Berliner Bosch-Siemens Hausgeräte-werks (BSH) von der Geschäftsleitung verkündet, dass die Fertigung des neuen Waschmaschinentyps nicht mehr in Berlin stattfinden werde. Damit würden die 700 bisher in der Fertigung des Werkes Beschäftigten, das im Spandauer Stadtteil Gartenfeld gelegen ist, Anfang 2006 ihre Arbeitsplätze verlieren.

Übrig blieben nur noch etwa 400 Beschäftigte in Entwicklung und anderen Zentralabteilungen. Aber auch deren Zukunft ist damit mehr als ungewiss. Die Schließung der Berliner Fertigung wird mit der „kostengünstigeren“ Produktion im 40 Kilometer entfernten brandenburgischen Nauen begründet, die angesichts der verschärften Konkurrenz um die Märkte nötig sei. Dabei wurde an der „Gunstigkeit“ von Nauen gegenüber Berlin seit Jahren in mehrfacher Hinsicht gearbeitet.

Das Nauener Werk wurde 1995 als eigene Gesellschaft gegründet, die nicht dem Arbeitgeberverband angehört. Nicht nur, dass so ohne Tarifvertrag ausgekommen wird; es wurde bei den Einstellungen streng darauf geachtet, ja keine „gewerkschaftliche Infiltration“ zuzulassen. Nicht nur das Lohnniveau und die Arbeitszeitregelungen sind so, wie es sich der Konzern erträumt, auch der hohe Leiharbeiteranteil und die Widerstandslosigkeit bei Kündigungen sind offensichtliche „Standortvorteile“. Dagegen wurde im

Berliner Werk schon seit Jahren nicht mehr in die Modernisierung der Fertigung investiert. So, wie der Kostenvorteil von Nauen also bewusst herbeigeführt wurde, so politisch ist die Entscheidung letztlich: Auch das Nauener Werk ist natürlich rein von den Kosten her immer noch teurer als das Werk im nicht so fernen polnischen Lodz - es ist daher kein Wunder, dass auch Nauen gerade einen Personalabbau von 600 Arbeitsplätzen mit lächerlich geringen Abfindungen hinter sich hat. Die jetzige Entscheidung - Erhalt von Nauen, Schließung von Berlin - ist sicher auch für Nauen nur eine kleine Gnadenfrist. Wichtiger dürfte dem Konzern das politische Signal sein: der kampfstärkste Betrieb innerhalb des BSH-Konzerns wird zugunsten der „Tarifhölle“ Nauen geschlossen.

Der Widerstand der BSH-KollegInnen hat daher weit über den unmittelbaren Anlass Bedeutung. Es geht wieder einmal darum, der innerdeutsche Spaltung der Belegschaften genauso wie der globalen Erpressungsstrategie eines hohen Profite machenden Konzerns entgegen zu treten (mit der Ankündigung der Vernichtung von 700 Arbeitsplätzen wurde ein Rekordjahresgewinn von 500 Millionen Euro verkündet)

Die Aktionen der BSH-KollegInnen bisher haben eine bewunderungswürdige Entschlossenheit und Kampfbereitschaft an den Tag gelegt. Jede Woche wurden mehrstündige Betriebsversammlungen abgehalten, die zumeist vor dem Werkstor fortgesetzt wurden und in

mehrere Demonstrationen mündeten. Am 26.5. wurde in mehreren benachbarten Berliner Siemens-Betrieben aus Solidarität während der Arbeitszeit eine Demonstration nach Gartenfeld organisiert. Insgesamt 1.500 KollegInnen zogen von Siemensstadt in einem einstündigen Marsch nach Gartenfeld - in vielen Tarifausschüssen und betrieblichen Konflikten waren die BSH-KollegInnen früher den umgekehrten Weg gegangen. So konnten wir anschaulich demonstrieren, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist und die BSH-KollegInnen diesmal mit unserer Unterstützung rechnen können! Besonders wirksam war die Fahrt von 500 BSH-KollegInnen am 3.6. nach München zum Protest vor der Bilanzpressekonferenz von BSH. Diesmal wurden sie von 1000 KollegInnen aus anderen süddeutschen BSH-Werken (Bretten, Neustadt, Dillingen, Giengen Traunreut) und von Münchner GewerkschafterInnen unterstützt.

All diese Proteste haben den Konzern dazu gebracht, die Verhandlungen über die Fortführung der Berliner Fertigung auf Wirtschaftsausschuss-Ebene wieder aufzunehmen. Dies ist sicher ein Teilerfolg der Belegschaftsaktionen. Trotzdem ist damit auch ein Problem verbunden: von Aktion zu Aktion war die Bereitschaft der Belegschaft zu noch schärferem Protest

gestiegen. Alles war schon bereit, um die Urabstimmung über einen unbefristeten Streik einzuleiten

(eine Tarifforderung um Abfindungsbedingungen dient als Legalisierung des Streiks). Mit der Aufnahme länger dauernder Verhandlungen wurde nun ein Streik vor der Sommerpause unmöglich. Die Urlaubszeit macht es hier schwierig, einen Arbeitskampf zu organisieren. Ob die Kampfbereitschaft im August wieder so wie heute aufgebaut werden kann, muss sich erst noch zeigen. Sicher gehört dies auch zum Kalkül des Konzerns. Jetzt wieder in Verhandlungen einzutreten.

Doch diese Atempause bietet auch die Möglichkeit, den Kampf im Herbst besser vorzubereiten und vor allem strategische Perspektiven, etwa was die Verbindung mit anderen Kämpfen betrifft, zu entwickeln. Dies betrifft einerseits die offenkundig immer größere Notwendigkeit von Verbindungen im Bereich der „weißen Ware“ (siehe Personalabbau bei AEG, Miele, etc.) und im BSH-Konzern selbst.

Es betrifft die Verbindung mit anderen Kämpfen, wie dem bei Alstom. Vor allem bietet es auch mehr Zeit, um gerade in Nauen die fatale Strategie des BSH-Konzerns zu diskutieren und Gegenwehr zu organisieren. Hier wird insbesondere dem BSH-Solidaritätskomitee eine besondere Rolle zukommen, wie auch bei der Organisation von Unterstützung aus dem Umfeld der Fabrik in Gartenfeld - einer Region, die schon jetzt von hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Verwüstung geprägt wird. Schließlich wird es darauf ankommen, dass die Belegschaft selbst über ihr Schicksal entscheiden kann - und nicht von einem der berühmten „Verhandlungserfolge“ der IG Metall überrascht wird. Stattdessen ist es notwendig, den Kampf in Verbindung mit anderen Konflikten und mit der Schärfe zu führen, die der aktuellen Herausforderung angemessen ist.

Kontakt zum Solidaritätskomitee für den Erhalt des BSH-Werks Berlin:

Markus Dahms
VK-Leiter Siemens Com
Berlin-Siemensstadt

mail: bsh-soli@gmx.de
Web : www.bsh-soli.de

DC-Werk Untertürkheim: Widerstand gegen Billigtarife für Dienstleister

Nach aussen hin noch wenig spektakulär, und deshalb bisher öffentlich kaum wahrgenommen, ist der Widerstand gegen die Durchsetzung von Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung mittels „Ergänzungstarifvertrag Industrienahe Dienstleistungen“ im DC-Werk Untertürkheim doch sehr lebendig.

Zwischen der verhandelnden BR-Spitze und dem Personalbereich war bereits zu Beginn vereinbart worden, keine Details aus den Verhandlungen in der

Belegschaft bekannt werden zu lassen. Ziel war es offenbar, möglichst zügig und ohne Widerstände in der Belegschaft Fakten zu schaffen. Entsprechend war auch die Vorgehensweise in Betriebsrat und Vertrauenskörper: es fand keine Diskussion statt. Breite demokratische Meinungsbildung wird seit langem umgangen, Entscheidungen finden nur noch im kleinen Führungszirkel statt.

Die Dienstleister wissen dennoch, was ihnen droht und demonstrieren immer wieder ihre Ablehnung:

Trucker machen Druck

LKW-Fahrer aus einem der betroffenen Logistikbereiche fuhren kürzlich mit 10 Sattelzügen, dekoriert mit Protest-Transparenten, vor einer Versammlung auf, in der u.a. der BR-Vorsitzende Lense die Vertrauensleute aus Küche und Kantine auf Verzichtskurs einschwören wollte. Sie wollten gemeinsame Diskussion aller Betroffenen statt Salomitaktik durch die BR-Spitze und dafür eine von 2500 KollegInnen unterzeichnete Erklärung gegen Billigtarif und Fremdvergabe überreichen. Statt dessen wurden sie hinauskomplimentiert...

Dass 2500 KollegInnen vorwiegend aus der Produktion eine solche Erklärung unterzeichnen ist deshalb bemerkenswert, weil von den Betreibern des Ergänzungstarifvertrags ständig argumentiert wird, die ProduktionsarbeiterInnen-Belegschaft sei gegen Fremdvergaben im Dienstleistungsbereich nicht zu mobilisieren.

Dienstleister tragen Protest in die Betriebsversammlungen

Bisheriger Höhepunkt der Proteste der betroffenen KollegInnen aus Logistik, Fuhrpark, Küche und Kantine waren die Betriebsversammlungen Mitte Juni. Auf beiden großen Versammlungen wurden ihre Proteste mit Transparenten und Schildern mit großem Beifall empfangen. Nachdem bereits durchgesiebert war, dass rund 300 Dienstleister mit einer gemeinsamen Demonstration in die Mettinger Betriebsversammlung marschieren wollten, wurde kurz nach Beginn der gut besuchten Versammlung der Zugang abgesperrt – aus “feuerpolizeilichen und Sicherheitsgründen”...

Der Demonstrationzug sollte in eine Nachbarhalle umgeleitet werden, wo die Versammlung auf einem Monitor übertragen wurde. Die wütenden KollegInnen liessen sich aber nicht aussperren: sie schoben Personal- und Werkschutzchef beiseite, öffneten das Tor selbst wieder und schafften sich unter tosendem Applaus Zugang zur Betriebsversammlung. Dass die missglückte Aussperrung die KollegInnen wütend gemacht hatte, versteht sich von selbst: in der Diskussion wurde jeder Gegner des Billigtarifs mit großem Beifall bedacht, alle Fürsprecher ernteten Pfeifkonzerte. Dies nahm der stv. BR-Vorsitzende Nieke als Vorwand, um die Versammlung trotz 11 ausstehender Wortmeldungen abzubrechen. Das durch und durch

instrumentelle Verhältnis der Untertürkheimer BR-Spitze zu demokratischen Rechten konnte nicht deutlicher demonstriert werden.

Bereits morgens vor der Betriebsversammlung waren nach Hinweisen des Unternehmens die Auffahrten zur B10 und die Parkbuchten von Streifenwagen der Polizei “gesichert” worden. Den Kollegen des LKW-Fuhrparks wurden zu Schichtbeginn um 6.00 ihre Fahrzeugschlüssel nicht ausgehändigt. Offenbar lagen an diesem Tag, nach der gelungenen B10-Besetzung vom Juli 2004, die Nerven blitzblank...

Keine Utopie: “Ein Betrieb – Eine Belegschaft – Eine Gewerkschaft – Ein Tarif!”

Unternehmensvertreter und Betriebsratsspitze stellen die Standardabsenkungen, die sich letztlich auf rund 30% summieren, als unvermeidlich dar – als einzige realistische Alternative zur Fremdvergabe der betroffenen Bereiche wie z.B. Logistikfunktionen, Küche und Kantine.

Den Versprechungen, dass Verzicht vor Fremdvergabe schützt, wird jedoch kaum mehr geglaubt. Enthält der Ergänzungstarifvertrag doch Klauseln, die der Firma erlauben, den Outsourcing-Verzicht mit 6-Monats-Frist zu kündigen, wenn sie externe Dienstleistung noch billiger einkaufen könnte.

Durchsicht wird mittlerweile auch, dass die sog. “Dienstleister” nur als Einfallstor für Angriffe auf Lohn und Arbeitszeit der ganzen Belegschaft ausgesucht wurden. Das belegt auch die oben erwähnte Unterschriftensammlung von bisher rund 2500 KollegInnen vorwiegend aus der ProduktionsarbeiterInnenbelegschaft, die sich mit ihrer Forderung “Ein Betrieb – Eine Belegschaft – Eine Gewerkschaft – Ein Tarif!” mit den Dienstleistern solidarisiert haben.

Dass dies keine weltfremde Utopie “skrupelloser selbsternannter Arbeiterführer” ist, “die sich nicht um die Menschen selbst scheren,”¹ sondern machbar sogar unter den heutigen Bedingungen, das zeigt aktuell das Beispiel Porsche. Dort hatte die Unternehmensleitung des hochprofitablen Betriebs Zugeständnisse der Belegschaft für Standortsicherung und Investitionen gefordert – wie ein Jahr zuvor der DaimlerChrysler-Vorstand. Doch Belegschaft, Vertrauensleute und Betriebsrat haben dies weitgehend abgewehrt. Einen Ergänzungstarif für “Dienstleister” wollten sie nicht – für alle Porsche-KollegInnen gelten weiterhin dieselben tariflichen Bedingungen.

Tom Adler

1 Originalton der von der BR-Spitze kontrollierten IGM-Betriebszeitung “Scheibenwischer” Nr.222.

“Arme bleiben draussen - Beine auch” Proteststurm Stuttgarter Studierender gegen die geplante Einführung von Studiengebühren



Im Januar dieses Jahres beschloss das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, die Einführung von Studiengebühren im Erststudium in Zukunft rechtlich zu ermöglichen. Dem Urteil ging eine Klage der unionsgeführten Bundesländer voraus. Doch ob und wie CDU-regierte Länder dies durchsetzen können, hängt mitunter auch davon ab, was sich auf der Straße und in der Bevölkerung bewegt: Aus Stuttgart erheben sich seit Mai ununterbrochen laute Stimmen der Gegenwehr und mit ihnen die größte Studierendenbewegung seit acht Jahren.

Das neue Semester lief gerade zwei Wochen, als die Vollversammlung einen dreitägigen Streik mit einer Demo als Höhepunkt beschloss. Die Stimmung war kämpferisch und im selben Zuge wurde beschlossen, die Beschäftigten der Uni Stuttgart in ihrem Protest für die Wiedereinführung der 38,5-Stunden-Woche zu unterstützen.

Drei Tage Streik

“Arme bleiben draussen- Beine auch” hiess es auf einem Banner an einem der Haupteingänge. Dutzende von Studierende, verteilt an

den Türen und Treppenaufgängen, erklärten ihren KommilitonInnen, warum sie nicht in die Seminare gehen, sondern mit ihnen gemeinsam streiken sollten. Bereits jetzt kommen nur 11% der Studierenden aus Arbeiterfamilien. Mit der Einführung von Studiengebühren wird der Geldbeutel noch stärker darüber entscheiden, wer eine akademische Ausbildung aufnehmen kann- sozial absolut ungerecht. Die Aktionen während der Streiktage reichten von Autoscheibenwischen über Spontandemos bis hin zu “Impfungen” gegen Studiengebühren, die verdutzte Passanten auf Anfrage wohlwollend annahm. In den gestürzten Hörsälen fanden Alternativveranstaltungen mit DozentInnen und AktivistInnen statt. An die 70 ZuhörerInnen fand eine Veranstaltung mit einem Geschichtsdozenten, einem Aktivist der Berliner Proteste und dem Geschäftsführer von ver.di Stuttgart.

Studierende und Beschäftigte an einem Strang

Am Nachmittag vor der Demo lud der Personalrat der Uni-Beschäftigten streikende Studierende ein, in die Personalratssitzung zu kommen. Die Beschäftigten planten für Mitte Mai einen Warnstreik, um gegen die Einführung der 41-Stunden-Woche und die Kürzung

von Weihnachts- und Streichung von Urlaubsgeld zu protestieren. Ergebnis des Gespräches war ein auf den nächsten Tag vorgezogener Warnstreik, um mit den Studierenden gemeinsam zu demonstrieren. Beeindruckt von dieser schnellen Reaktion waren nicht nur die Studierenden, sondern auch die Beschäftigten selbst. Auf der Demo berichtete ein Vertreter der Beschäftigten in seiner Rede, in 29 Jahren Betriebsarbeit habe er es noch nie erlebt, dass ein Warnstreik so schnell organisiert wird. Mit 8.000 TeilnehmerInnen wurde die Demo ein voller Erfolg.

Der Protest geht weiter...

Zwar wurde der Streik nach drei Tagen ausgesetzt, doch der Protest hält bis zum heutigen Tag an. An die 13 Arbeitsgruppen haben sich gebildet. Jeden Montag kommen die AktivistInnen im Protestplenum zusammen, tauschen Ergebnisse aus und diskutieren. Trotz der letzten guten Erfahrung mit den Gewerkschaften gibt es AktivistInnen, die eine Zusammenarbeit mit ihnen nicht wollen. Sie argumentieren, dass dadurch ein Großteil der Studierenden “abgeschreckt” wird, und sich nicht dem Protest anschließen wird.

Dies ist auch der Grund, warum es am 23. Juni zu keinem offiziellen gemeinsamen Treffen kam, sondern nur zu Grußworten auf den Kundgebungen (die

dennoch beiden Seiten viel Mut machen). An diesem Tag fand in Stuttgart sowohl eine Demo von streikenden Landesbeschäftigten als auch eine von streikenden Studierenden statt.

...aber wie kann er erfolgreich werden?

Erneut steht ein Studierendenprotest vor der immer wiederkehrenden Frage: schafft man es, Unterstützung und Zustimmung in der Bevölkerung zu erlangen, oder bleibt er isoliert? Wie können Studiengebühren verhindert werden, was kann die Entscheidungsträger einschüchtern?

Stuttgart hat an die 20.000 Studierende. Wenn diese 20.000 geschlossen protestieren würden und wenn sich unter Ausschluss der Gewerkschaften und anderer

politischer Gruppierungen die Mehrheit der Studierenden dem Protest anschließen würden, könnten dann die Gebühren verhindert werden?

Tagtäglich wird die Erfahrung gemacht, dass zwischen den Bevölkerungsschichten keine Gemeinsamkeiten, sondern lediglich Unterschiede vermittelt werden. Ob Beamter, Arbeitsloser oder gar Student – am Ende bleibt als einzige Gemeinsamkeit, dass jeder mit dem Finger auf den anderen zeigt und ihn als “Faulenzer” beschimpft. Deswegen ist der Schlüssel für einen erfolgreichen Protest, genau diese Spaltung zu überwinden, Gemeinsamkeiten zu finden und sich gegenseitig zu unterstützen. Ist dabei nicht eine Gemeinsamkeit, dass sowohl Landesbeschäftigte als auch Studierende davon betroffen

sind, für die “leeren” Kassen aufkommen zu müssen (sei es durch längeres Arbeiten für gleichen Lohn oder Studiengebühren), während Großkonzerne und Millionäre sich gerade über die letzte Steuersenkung freuen und neue Steueroasen suchen?

Die Studierenden sollten damit beginnen, diese Brücke zwischen sich und anderen Bevölkerungsschichten zu schlagen und den herrschenden Entscheidungsträgern somit einen deutlichen Strich durch die Rechnung machen!

Weiter Informationen zu den Stuttgarter Protesten unter www.streikblog.de

Malena Alderete
ver.di-Mitglied
und Unterstützerin
für eine kämpferische
und demokratische ver.di

“Tarifreform” im öffentlichen Dienst: Lohnklausel und Arbeitszeitverlängerung Eine schlagkräftige Opposition in ver.di ist bitter nötig

Die Abschaffung des BAT und damit zusammenhängend die kampflose Hinnahme der Arbeitszeitverlängerung und Kürzung bei den Sonderzahlungen für BeamtInnen und Tarifbeschäftigte der Länder ist die größte Niederlage für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Nachkriegszeit. Den Arbeitgebern wurde damit wiederholt signalisiert: ver.di ist erpressbar. Und deshalb werden Bund, Länder und Gemeinden den neuen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TV öD) nur als Einstiegsdroge für weitere Erpressungen nutzen. Die ver.di-Führung hat ihnen mit den zugestandenem Öffnungs- und “Meistbegünstigungs“-Klauseln im Tarifvertrag bereits zwei Hebel mitgeliefert.

Arbeitszeitverlängerung

Im Januar ist die offizielle Arbeitslosigkeit auf über 5 Millionen gestiegen. Tendenz steigend. Wenn die ver.di-Führung in einer solchen Situation per Tarifabschluss unbezahlte Arbeitszeitverlängerung auf 39 Stunden (für Arbeiter und Angestellte des Bundes) und die

Möglichkeit der 40-Stunden-Woche für die Kommunen zugesteht (Öffnungsklauseln auf Landesebene), dann zeigt das, dass unsere Spitzenfunktionäre voll im Arbeitgeberlager angekommen sind.

Der Beitrag von Werner Sauerborn in unserem Info 5/2005 „Zum Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst - Stellvertreterpolitik, aber gut“, ist von einigen Lesern als zu wohlwollend, zu wenig kritisch kritisiert worden. Als einzige schriftliche Kritik ist der Redaktion das Flugblatt des Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ver.di zugegangen. Dieses wird hier nachgedruckt. Wie alle Beiträge gibt es die Meinung der Verfasser, nicht die der Redaktion wieder.

Wenn nur ein Landesverband für die Kommunen bei Arbeitszeit und Sonderzahlungen eine Absenkung vereinbart, gilt die “Meistbegünstigungsklausel” des TVöD. Das heißt ein solcher Absenkungstarifvertrag “gilt zugleich als unwiderrufliches Angebot an den Bund und die

Kommunalen Arbeitgeberverbände die Regelung des Tarifvertrags insgesamt oder in ihren einzelnen Bestandteilen” zu übernehmen. Trotz aller vollmundigen Ankündigungen, an der Arbeitszeit werde nicht gerüttelt: Bsirske und seine Tarifexperten sind sang- und klanglos eingeknickt.

Arbeitszeitflexibilisierung

Eine flexible Arbeitszeit von bis zu 45 Stunden in der Woche beziehungsweise 12 Stunden am Tag (zuschlagsfrei) wird uns von Arbeitgebern und der ver.di-Verhandlungsführung als modern verkauft. Für sie ist das vielleicht modern. Für uns ist es ein Rückschritt, denn es bedeutet, Wegfall von Überstundenzuschlägen, mehr Arbeitsstress und Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Leistungabhängige Bezahlung

ver.di behauptet, die Leistungskomponente würde "zusätzlich zum regulären Entgelt gezahlt" – eine glatte Lüge, denn das Geld für die Leistungskomponente kommt aus der Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgelds.

Entgelttabelle

Die Gehaltsstruktur des TVöd mit ihren 15 Entgeltgruppen ist insgesamt eine große Verschlechterung und weitere Lohnverluste drohen durch neue Eingruppierungen. Dies gilt vor allem für die ArbeiterInnen. Die Einstiegsgehälter sind grundsätzlich niedriger als beim BAT. Über die gesamten Berufsjahre gerechnet haben alle ein Minus. Die absoluten Verlierer sind Beschäftigte mit Kindern und erst recht Verheiratete mit Kindern. Die Einführung eines Niedriglohns von 1.286 Euro West/ 1.189,55 Euro ist ein Armutslohn und deshalb absolut skandalös. Er wird Privatisierung nicht aufhalten sondern Lohndumping beschleunigen.

Reallohnverlust

"Nullrunde verhindert", unter dieser Überschrift verkauft ver.di die drei Einmalzahlungen von je 300 Euro (der Grundlohn bleibt gleich!) für die Jahre 2005, 2006 und 2007. Bei einer Inflationsrate von weit über einem Prozent – pro Jahr - bedeutet das weiteren Reallohnabbau. Allein für Zahnersatz und Krankengeld müssen wir ab 1. Juli 2005 zusätzlich 0,9 Prozent unseres Bruttolohns an die Krankenkassen abdrücken, während die Arbeitgeber weiter aus der paritätischen Finanzierung herausgenommen werden.

Kämpfen statt kapitulieren

Mit der Tarifreform wurden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes völlig übergangen. Zu keinem Zeitpunkt wurden die betroffenen Kolleginnen nach ihrer Meinung gefragt. Zwischen Verhandlungsergebnis, Abstimmung in der Bundestarifkommission

und Unterschrift gab es nicht mal eine angemessene Rückkoppelung mit den Bezirken. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass Spitzenfunktionäre, die gehaltsmäßig und politisch den Arbeitgebern und dem Kanzler näher stehen als uns, die Politik der Gewerkschaften bestimmen.

Wir wollen Gegenwehr statt Co-Management. Wir wollen dass die Basis die Politik bestimmt. Deshalb brauchen wir innergewerkschaftliche Demokratie statt bürokratische Strukturen. Wir brauchen FunktionärInnen, die die Interessen der Basis vertreten. Das kann nur, wer auch in unserer Welt lebt und nicht mehr verdient als einen Durchschnittslohn. Auf die Dauer existieren Gewerkschaften nur als Kampforganisationen oder sie existieren gar nicht. Die ver.di-Oberen sind auf dem besten Weg die Gewerkschaften zu zerstören. Das können wir uns nicht leisten.

Wir fordern

> Einberufung eines ver.di-Sonderkongresses zur aktuellen (Tarif-)Politik, Ursachen der Mitgliederverluste und Neuwahl des Bundesvorstands



> Einberufung von fachbereichsübergreifende Konferenzen aller Fachbereiche des öffentlichen Dienstes auf Bezirksebene zur Diskussion des TVöd. Die Mitglieder der Bundestarifkommission (BTK) müssen dabei Rechenschaft ablegen über ihr Abstimmungsverhalten. Neuwahl der BTK-Mitglieder auf diesen Konferenzen.

> Einberufung von Bezirks-, Landes- und Bundesfachbereichskonferenzen des FB 3 zur Diskussion und Abwehr

der geplanten Tarifabsenkungen in Krankenhäusern (Stichwort "Mitarbeiterkapitalbeteiligung" durch Lohnverzicht, "wettbewerbsfähige" Löhne)

> Auf allen Ebenen von ver.di Diskussion darüber wie nach Abschluss des TVöd die Umsetzung verhindert und weitere Erpressungen gestoppt werden können.

> Aufbau einer starken innergewerkschaftlichen Opposition mit dem Ziel eine neue programmatische und personelle Alternative zur jetzigen Führung aufzubauen.

Netzwerk von Anfang an gegen Tarifreform

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di hat den Tarifabschluss von 2003 hart kritisiert, die darin enthaltene Prozessvereinbarung von Anfang an bekämpft und die darin enthaltene Prozessvereinbarung zur Tarifreform von scharf kritisiert. Unsere Materialien sind auf der Website www.netzwerk-verdi.de zu finden oder bei uns zu bestellen.

Stefan Kimmerle

Infos, Kontakt und ViSdP:
Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di,
c/o Stephan Kimmerle,
info@netzwerk-verdi.de
www.netzwerk-verdi.de

Impressum:

Das Info des "Netzwerks Gewerkschaftslinker" erscheint vier mal jährlich. Beiträge sind erwünscht. Redaktionsschluss des nächsten Infos ist der 10. September. Redaktionelle Kürzungen sind vorbehalten. Namentlich gezeichnete Beiträge verantworten die Autoren. V.i.S.d.P: Ewald Wehner, Bernd Riexinger, H.G.Lang, Theodor Bergmann.